

Der Landesparteitag DIE LINKE. NRW möge den nachfolgenden Text als Position des Landesverbandes beschließen:

1 **Für eine solidarische und weltoffene Migrationspolitik**

2
3 *„Der Pass ist der edelste Teil von einem Menschen.*
4 *Er kommt auch nicht auf so eine einfache Weise zustande*
5 *wie ein Mensch.*
6 *Ein Mensch kann überall zustande kommen,*
7 *auf die leichtsinnigste Art und ohne gescheiterten Grund,*
8 *aber ein Pass niemals.*
9 *Dafür wird er auch anerkannt, wenn er gut ist,*
10 *während ein Mensch noch so gut sein kann*
11 *und doch nicht anerkannt wird.“*

12
13 *Bertolt Brecht, Flüchtlingsgespräche (1940/41)*

14
15
16 Als Linke stehen wir an der Seite aller Menschen, die auf dieser Welt unterdrückt und ausgebeutet werden.
17 Für uns ist die internationale Klassensolidarität ausschlaggebend: *„Die Grenzen verlaufen nicht zwischen*
18 *den Völkern, sondern zwischen oben und unten.“*

19
20 **Migration ist ein Teil der Menschheit**

21
22 Migration ist der Normalfall menschlicher Existenz, denn die Menschheit hat sich wandernd über die Welt
23 ausgebreitet. Nach der „Out-of-Africa“-Theorie entstammt die Menschheit aus dem heutigen Afrika. Vor
24 wahrscheinlich 70.000 bis 110.000 Jahren wanderten unsere direkten Vorfahren nach Mesopotamien und
25 von dort in die ganze Welt hinaus.

26
27 Auch nach der Besiedlung des gesamten Globus wanderten die Menschen von Kontinent zu Kontinent, von
28 Weltteil zu Weltteil. Diese Wanderungsbewegungen ziehen sich durch die gesamte Menschheitsgeschichte,
29 auch in der jüngeren Zeit. Von der Völkerwanderung der Spätantike bis zu den großen Migrationsbewegun-
30 gen des 19. und 20. Jahrhunderts in die USA und andere Länder des damals fortgeschrittenen Kapitalismus.

31
32 Natürlich hat sich die Ab- und Zuwanderung von Menschen durch die Etablierung des Kapitalismus ver-
33 ändert. Einwander*innen werden als Lohndrücker*innen missbraucht, Arbeiter*innen werden gegenein-
34 ander ausgespielt, und der Rassismus wird geschürt. Gegen diese modernen Tendenzen werden wir aktiv.

35
36 **Humanismus, Menschenrechte und Solidarität**

37
38 Als LINKE stehen wir in der Tradition des Humanismus. Als die Menschen in Westeuropa die Fesseln des
39 Feudalismus sprengten, taten Sie dies unter der Losung der Freiheit und Gleichheit aller. Die universellen
40 Menschenrechte leiten sich daraus ab: Wenn jeder Mensch frei und gleich geboren ist, dann hat jeder
41 Mensch, unabhängig von Nationalität, Herkunft, Religion, Geschlecht oder Weltanschauung, das selbstver-
42 ständliche Menschenrecht auf Leben, auf körperliche und seelische Unversehrtheit, das Recht auf ein

43 Leben in Würde, das Recht auf Wasser, Nahrung, Kleidung und ein Dach über dem Kopf. Jeder Mensch hat
44 das Recht, über das eigene Leben zu bestimmen, die Wohnung oder die Arbeit frei zu wählen, das Recht auf
45 sexuelle Selbstbestimmung. Jeder Mensch hat folglich auch das Recht, in Frieden und Wohlstand zu leben.
46

47 Im Kapitalismus sind die Menschenrechte immer in Gefahr. In einer Gesellschaft, die weltweit auf Ausbeu-
48 tung beruht, auf dem Gegensatz von Kapital und Arbeit, auf der Spaltung zwischen arm und reich, werden
49 die Ärmsten in aller Welt zu Opfern der Strategien des internationalen Großkapitals. Mit ihren Waffenex-
50 porten, mit ihren Kriegen in aller Welt, mit ihren umweltzerstörenden Technologien und ihren ausbeuteri-
51 schen Arbeitsbedingungen erzeugen die „reichen“ Länder erst die Fluchtbewegungen, die sie anschließend
52 beklagen. Als LINKE wissen wir, dass erst eine andere Gesellschaftsordnung die Bedingungen dafür schafft,
53 die Menschenrechte universell durchsetzen zu können.
54

55 Damit sind wir bei Karl Marx, der dazu aufrief: *„Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“* Den Ärmsten, den
56 Ausgebeuteten, den Geknechteten dieser Welt gilt unsere Solidarität. Offene Grenzen für alle sind die
57 einzig richtige Konsequenz auf die Krisen dieser Welt. Wie können wir Menschen verweigern, sich dort
58 niederzulassen, wo sie ein besseres Leben erwarten, vor allem, wenn sie selbst für die Umstände nicht
59 verantwortlich sind: *„Die Menschen machen ihre eigene Geschichte, aber sie machen sie nicht aus freien
60 Stücken, nicht unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und
61 überlieferten Umständen.“* (Karl Marx)
62

63 **Nein zum Einwanderungsgesetz**

64

65 Der siebte Kongress der 2. Internationale fasste richtigerweise zusammen: *„Die Ein- und Auswanderung der
66 Arbeiter sind vom Wesen des Kapitalismus ebenso unzertrennliche Erscheinungen wie die Arbeitslosigkeit,
67 Überproduktion und Unterkonsum der Arbeiter.“* Der Kapitalismus hat sich seit Marxens Lebzeiten weiter-
68 entwickelt. Trotzdem bleiben die damaligen Feststellungen richtig. Unter kapitalistischen Bedingungen hat
69 jegliche gesetzliche Regelung von Einwanderung stets einen stark restriktiven Charakter: Sie regelt immer
70 auch, unter welchen Bedingungen Menschen gehen müssen. Das trifft leider auch für das vorliegende
71 Konzept der ostdeutschen Landtagsfraktionen der LINKEN für ein Flüchtlings- und Einwanderungsgesetz zu.
72

73 Daraus ergibt sich ein ziemlich konkretes Bild, wie „Bewegungsfreiheit, soziale Sicherheit, Gleichstellung
74 und Teilhabe“ erreicht werden können. Um diese Forderungen durchzusetzen, brauchen wir kein linkes
75 Einwanderungsgesetz. Es ist vielmehr Aufgabe der Linken, gegen ausschließende und diskriminierende
76 Gesetze zu kämpfen. Dieser Kampf kann kein rein parlamentarischer sein, sondern bedarf des Aufbaus
77 gesellschaftlicher Gegenmacht durch soziale Bewegungen, auch und gerade mit Migrant*innen.
78

79 Letztendlich müssten linke Befürworter*innen eines Einwanderungsgesetzes erläutern, welche Kriterien für
80 Einwanderung und Ausschluss ausschlaggebend sind, und die Frage beantworten, ob sie mit ihrer
81 Argumentation nicht einer kapitalistischen Nützlichkeitslogik auf den Leim gehen. Zudem stellt sich die
82 Frage, wie man mit jenen Menschen umgehen möchte, die dennoch einwandern und sich einer solchen
83 Logik nicht unterwerfen wollen. Für uns ist klar: Ein Einwanderungsgesetz ist kein linkes Konzept.
84

85 **Offene Grenzen**

86

87 Natürlich sehen auch wir die Probleme, die Einwanderung unter den gegenwärtigen gesellschaftlichen
88 Bedingungen mit sich bringen kann. Doch wir ergeben uns nicht den Sündenbockrufen und der (Un-)Logik
89 nationaler Kapitalfraktionen, die nach geschlossenen Grenzen rufen. Stattdessen wollen wir die Ursachen
90 für Flucht bekämpfen, die internationale Klassen-solidarität stärken und die Betroffenen nicht chauvinistisch
91 ausgrenzen. Wir halten fest am Erfurter Programm unserer Partei, in dem es heißt: *„Wir fordern offene
92 Grenzen für alle Menschen.“* Aus diesem Grund verweigern wir uns der Debatte, wer kommen und wer
93 bleiben darf, und fordern:
94

95 1. Abschaffung aller Beschränkungen, die Menschen vom Aufenthalt in diesem Land und den sozialen,
96 politischen und ökonomischen Rechten der Einheimischen ausschließen.

- 97
98 2. Abschaffung des modernen Grenzregimes, angefangen bei der Festung Europa. Eröffnung legaler
99 Fluchtwege, um Schlepper und kriminelle Organisationen trocken zu legen.
100
101 3. Abschaffung der Praxis der Abschiebung und Wiederherstellung des Asylrechts von vor 1992 als ersten
102 Schritt zur Entwicklung eines uneingeschränkten humanitären Asylrechts im Sinne der Vereinten Nationen.
103 Gleiche Strafen für die gleichen Taten. Sonderstrafatbestände, die nur für einzelne Gruppen gelten, sind
104 aus dem Strafgesetzbuch zu streichen.
105
106 4. Abschaffung von Fiktionsbescheinigungen und Kettenduldungen. Vereinfachte Einbürgerung von
107 Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland haben. Uneingeschränkte Möglichkeit der
108 mehrfachen Staatsbürgerschaft. Straferlass in allen Fällen des Verstoßes gegen das derzeit geltende
109 Aufenthaltsrecht; Entkriminalisierung des illegalisierten Aufenthalts in Deutschland.
110
111 5. Uneingeschränktes Wahlrecht für alle Menschen auf kommunaler, Landes- und Bundesebene, die seit
112 mindestens fünf Jahren ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland haben.
113
114 6. Gesetze gegen Lohndrückerei, die verhindern, dass Arbeiter*innen wie Waren von Land zu Land
115 „verschoben“ werden. Wir fordern einen stärkeren gesetzlichen Arbeiter*innenschutz durch Verkürzung
116 des Arbeitstages, eine Anhebung des Mindestlohns auf ein deutlich höheres Niveau ohne Ausnahmen, eine
117 höhere und auskömmliche Rente, Abschaffung sachgrundloser Befristungen, das Verbot von Streikbruch
118 sowie das Recht auf Arbeit.
119
120 7. Uneingeschränkter Zugang zu Bildung, Kultur und gesellschaftlicher Teilhabe. Gesundheits- und
121 Sozialwesen sind so auszubauen, dass alle Menschen die gleiche und ausreichende Daseinsvorsorge in
122 Anspruch nehmen können, niemand bevorteilt und niemand benachteiligt wird.
123
124 8. Bekämpfung von Fluchtursachen: Krieg, Waffenexporte, Klimaveränderung und die Ausbeutung des
125 globalen Südens durch den Norden müssen verhindert werden. Die Verbindung der Kämpfe um Umwelt-
126 schutz, um gute Löhne und gegen Krieg sind essentiell für eine solidarische Welt. Diese Fluchtursachen sind
127 international als legitime Fluchtgründe anzuerkennen und in das Asylrecht aufzunehmen.
128
129 9. Ein solidarisches und bedarfsorientiertes Weltwirtschaftssystem, das die individuellen sowie lokalen
130 Bedürfnisse in den Mittelpunkt stellt und auf regionale Wirtschaftskreisläufe setzt. Für einen guten
131 Lebensstandard weltweit, der die Natur schont und Ressourcen fair verteilt.

133 **Wir stehen an der Seite der Menschen, nicht des Kapitals**

134
135 Wir widersprechen an dieser Stelle allen, die sich für eine Begrenzung der Migration einsetzen wollen. Wir
136 widersprechen allen, die sich für stärkere Grenzkontrollen, Deportationen/Abschiebungen und Einwande-
137 rungsbeschränkungen aussprechen.

138
139 Stattdessen stellen wir uns in die Tradition von Karl Marx, Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Clara Zetkin
140 und anderen Teilen der Linken, die sich stets gegen Rassismus, Chauvinismus und Migrationsbeschrän-
141 kungen eingesetzt haben und es auch heute noch tun.

142
143 Der Kampf um die Gleichstellung aller in Rechten und Pflichten, unabhängig von Herkunft, Hautfarbe,
144 Religion, Geschlecht, sexueller Orientierung oder Weltanschauung, ist nach wie vor das beste Mittel gegen
145 die mit dem Kapitalismus untrennbar verbundene Spaltung und Ausbeutung.

146
147
148
149 *Beschluss des Kreisparteitages DIE LINKE. Essen vom 3. Februar 2018, in dessen Auftrag von einer für alle*
150 *Mitglieder offenen Arbeitsgruppe redigiert.*

151 **Begründung**

152

153

154 Liebe Genossinnen und Genossen,

155

156 der Kreisverband DIE LINKE. Essen legt dem Landesparteitag nach gründlicher interner Debatte das voran-
157 gestellte Positionspapier zur Migrationsfrage vor. Bereits auf dem letzten Landesrat vom 21. Februar 2018
158 hatte der Landesvorstand einen Antrag vorgelegt und im Verlauf der Tagung etliche unserer
159 Änderungsanträge übernommen. Mit knapper Mehrheit wurde die Beschlussfassung aber vertagt.

160

161 Die übernommenen Änderungsanträge entstammten dem damaligen Stand unserer Diskussion über dieses
162 Migrationspapier. Anstatt das bisherige Landesvorstandspapier einschließlich der Änderungen erneut
163 vorzulegen, möchten wir stattdessen unser nun ausformuliertes Papier als neuen Antrag einbringen. Der
164 Landesparteitag möge mit der Beschlussfassung ein nach außen wie innerparteilich deutlich sichtbares
165 Zeichen gegen Rassismus setzen.

166

167 Wir berufen uns vor allem auf das Grundsatzprogramm unserer Partei, in dem es heißt: *„Allen in
168 Deutschland lebenden Menschen ist unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus eine Gesundheitsversorgung
169 zu garantieren. Schutzsuchende dürfen nicht abgewiesen werden. Wir fordern offene Grenzen für alle
170 Menschen.“* (Erfurter Programm, Seite 52)

171

172 Wir wollen, dass unsere Partei diese grundlegende Haltung mit einem solchen Positionspapier argumen-
173 tativ untermauert und damit in die gesellschaftliche Debatte eingreift. Denn Migration, gleich aus welchem
174 Grund, ist so alt wie die Menschheit. Wir alle sind zu 100 Prozent Nachfahren von Migrant*innen! Wer dies
175 verleugnet, verleugnet sich selbst.

176

177 Doch vom Grundsatz der offenen Grenzen wurde in den vergangenen zwölf Monaten immer wieder
178 abgewichen. Internationalismus und Klassensolidarität wurden nationale Borniertheit, Chauvinismus und
179 Kurzsichtigkeit entgegengestellt. Der vorliegende Antrag soll dazu dienen, unsere LINKE Grundsätze in
180 Erinnerung zu rufen und uns die Weitsicht zu geben, sie zu bewahren und weiterzuentwickeln.

181

182 Als LINKE stehen wir an der Seite aller Menschen, die auf dieser Welt unterdrückt und ausgebeutet werden
183 – für uns ist die internationale Klassensolidarität ausschlaggebend. *„Was bedeuten Grenzen? Was sind
184 Grenzen? Was bezwecken Grenzen? [...] Wir Arbeiter haben keine Grenzen nötig; diese dienen nur gewissen
185 Schichten jedes Landes, denen alle Mittel gut genug sind, die Völker zu verhetzen.“* (Karl Liebknecht)

186

187 Auch der siebte Kongress der 2. Internationale fasste 1907 richtigerweise zusammen: *„Die Ein- und Aus-
188 wanderung der Arbeiter sind vom Wesen des Kapitalismus ebenso unzertrennliche Erscheinungen wie die
189 Arbeitslosigkeit, Überproduktion und Unterkonsum der Arbeiter.“* Der Kapitalismus hat sich seit den Zeiten
190 Liebknechts weiterentwickelt – dennoch bleiben die Feststellungen richtig.

191

192 Entsprechend ist ein Einwanderungsgesetz weder damals noch heute ein linkes Konzept, sondern vielmehr
193 das Produkt eines neoliberalen Nützlichkeitsrassismus, der Menschen im Sinne der herrschenden Klasse
194 danach bewertet, wie viel Profit man aus ihnen ziehen kann. Denn wer sagt, wer kommen darf, sagt im
195 gleichen Atemzug, dass es auch eine Gruppe gibt, die nicht kommen darf. Wenn dem nicht so wäre,
196 bräuchte man kein Einwanderungsgesetz.

197

198 Zudem kritisieren wir aufs Schärfste die Abschiebep Praxis, an der LINKE Regierungsmitglieder beteiligt sind.
199 Diese verstoßen tagtäglich gegen LINKE Programmatik. Doch auch die Konzeption eines neuen Einwande-
200 rungsgesetzes macht es nicht besser. Wenn im Papier der ostdeutschen Landesverbände behauptet wird,
201 man würde Abschiebungen nur in Staaten vollziehen, die eine menschenwürdige Existenz zusagen, dann
202 unterscheidet sich das im Ergebnis kaum vom aktuellen Stand der Politik. Im ostdeutschen Papier heißt es,

203 eine zwangsweise Durchsetzung der Ausreisepflicht sei zulässig. Inwiefern passt dies zu einer Politik, die
204 international und klassensolidarisch organisiert ist und die die Menschenrechte ernst nimmt?

205
206 Darum, liebe Genossinnen und Genossen, bitten wir euch, dem Migrationspapier zuzustimmen. Wir bitten
207 euch, DIE LINKE für eine zukunftsorientierte und solidarische Migrationspolitik aufzustellen. Wer im 21.
208 Jahrhundert noch der Meinung ist, mit Abschiebungen oder „Migrationskontrolle“ Einwanderung regeln zu
209 können, begibt sich mit voller Absicht in den Sumpf kleinbürgerlicher Logik.

210
211 Mit der Annahme dieses Antrags kann es der Partei DIE LINKE zum einen gelingen, die Irritationen innerhalb
212 der Partei auszuräumen, welcher Kurs denn nun eigentlich gefahren werden soll. Zum anderen benötigen
213 die vielen Initiativen in der Gesellschaft, in denen ehrenamtlichen Helfer*innen die Geflüchteten
214 unterstützen, ein Signal, das ihr Engagement würdigt und untermauert, indem wir argumentatives Rüstzeug
215 bieten. Eine Gesellschaft, die in ihrer Haltung gegenüber Migration schwankt oder gar vollständig in rechtes
216 Fahrwasser zu geraten droht, braucht eine starke und wirkmächtige Positionierung von links!

217
218 Die Entscheidung liegt nun beim Landesparteitag. Dass die Mehrheit der Landesratsdelegierten im Februar
219 befand, die Beschlussfassung sei nicht möglich, weil in den Kreisverbänden nicht genug über die
220 Migrationsfrage diskutiert worden sei, kann diesmal kaum mehr als Argument dienen. Spätestens bis zum
221 Landesparteitag im Juni 2018 gab und gibt es reichlich Gelegenheit, sich eine Meinung zu bilden und ggf.
222 Änderungsanträge zu formulieren, selbst wenn man sich vom Herbst 2015 bis zum Februar 2018 nicht mit
223 dieser gesellschaftlich brennenden Frage befasst haben sollte. Es ist an der Zeit, Farbe zu bekennen, wo wir
224 stehen!

225
226